Nr 536 • Ausgabe B Nr. 265
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 556

Abend-Ausgabe

Montag, 8. Dezember 1930
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die neue Note des Obersten Rates.

Ueberreichung vermutlich heute.

Die angekündigte neue Note, die der Oberste Rat der Alliierten, den Pariser Meldungen zufolge, fertiggestellt hat, ist bis zur Stunde dem Gesandten v. Lersner noch nicht überreicht worden. Es ist anzunehmen, daß die Ueberreichung heute abend erfolgen wird. Die aus Paris kommenden Nachrichten besagen, ebenso wie die im Morgenblatt mitgeteilten, ziemlich übereinstimmend, daß der Oberste Rat in der Frage der Kriegsgefangenen nunmehr bestimmte Zusicherungen abgegeben werde, und daß auch die Auslieferung der 400 000 Tonnen deutschen Hafenmaterials nicht mehr so bedingungslos wie bisher gefordert werden dürfte. Eine Milderung der Auffassungen in Paris wäre danach in den letzten Tagen eingetreten.

Das Entgegenkommen der Entente.

Clemenceaus wahres Gesicht

Basel, 8. Dezember. (T. U.)

Der Sonderberichterstatter der „Basler Nationalzeitung" drahtet aus Paris: Was man über den Wortlaut der kommenden Ententenote an Deutschland hört und liest, ergibt folgendes Bild: Es ist sehr gut möglich, daß man mit Rücksicht auf den deutschen Bedarf an Hafenmaterial die Forderung der 400 000 Tonnen fallen läßt und auch auf die Klausel der militärischen Zwangsmaßnahmen auf deutschem Boden verzichtet wird unter einer Voraussetzung, und das ist, daß Deutschland endlich mit seiner Umwälzung ernst macht und sich endlich von der imperialistischen, militaristischen und monarchistische Kaste emanzipiert. Besonders erwartet man, daß das gegenwärtig parlamentarisch regierte Deutschland sich in Paris endlich durch neue Leute vertreten läßt. Da das neue Deutschland mit einer völligen Abkehr vom alten Regime die denkbar beste Garantie leistet, so wird es so großes Vertrauen finden, daß man an die Durchsetzung gewisser wichtiger Bedingungen nicht mehr denken wird. Dann wird sich das wahre Gesicht Clemenceaus zeigen, das nicht ganz so böse und unmenschlich auf das eigentliche deutsche Volk blickt. Wenn Clemenceau solchermaßen den Zipfel des Schleiers lüftet, so hat er es sicher getan, weil in der deutschen und auch in der neutralen Presse allgemein der Eindruck einer Vergewaltigung Deutschlands besteht. Auch in Frankreich selber sei die öffentliche Meinung bis jetzt völlig im unklaren gelassen worden über die eigentlichen Gründe der intransigenten Haltung gegen Deutschland. Frankreich hat aber feines Vertrauen zu der Politik Clemenceaus und billigt seine Motive von vornherein, ohne sie zu kennen oder kennen zu wollen.

Rom, 8. Dezember.

Die italienische Presse druckt im allgemeinen die Pariser Depeschen ohne Kommentar ab. Nur die „Epoca" widmet dem Spiele mit Deutschland einen Leitartikel. „Gewiß würde die Besetzung von Essen und Frankfurt den Chrgeiz der Engländer und Franzosen befriedigen," sagt das Blatt, „allein die Wirklichkeit hat etwas anderes erwartet; sie wollte den versprochenen Versöhnungsfrieden, der immer mehr hinausgeschoben statt zu versöhnen, fühlen. Die Mitglieder der Versailler Konferenz fühlen sich als Richter und ahnen das „police vero" der blutrünstigen römischen Cäsarenweiber bei den Gladiatorenkämpfen nach. Die nach Frieden und Ruhe verlangenden Besiegten aber beugen sich zähneknirschend." Die „Epoca" weist darauf hin, daß wenigstens die Italiener ihre Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedens freiließen, was ihnen zur hohen Ehre gereiche.

Die Reise Dr. Renners nach Paris.

Der geforderte Kredit von 100 Millionen Dollars. — Das Problem der Kohlenversorgung. — Bernsdorf und die Anschlußfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

i. Wien, 8. Dezember.

In den Tagen, da die erste Spannung zwischen Berlin und Paris zur Lösung kommen muß, wird Staatskanzler Dr. Renner vor dem Obersten Rat seinen Vortrag über die trostlose Lage Deutsch-Oesterreichs halten. Unterstützt von den Staatssekretären der Finanzen, der Eisenbahnen und des Volksernährungsamtes wird er noch einmal die furchtbare Not dieses Sechsmillionenvolkes schildern, und die Franzosen werden nun im Interesse gleichzeitig der Bereicherung dieses trostlosen Bildes und dem deutsch-französischen Notenwechsel zuwenden können. Es ist anzunehmen, daß der größere Teil dieses Interesses den Nachrichten aus Deutschland gelten wird. Gerade deshalb aber ist die äußere deutsche Bestätigung, mit der man den Wunsch des Staatskanzlers, nach Paris zu reisen, entgegenkommen ist, besonders beachtenswert. Herr Dutasta, der Generalsekretär der Pariser Konferenz, hat den deutsch-österreichischen Bevollmächtigten Gickhoff ausdrücklich auf die großen Sympathien des Obersten Rates für Deutsch-Oesterreich aufmerksam gemacht, und der Staatskanzler Dr. Renner darf wohl schon heute eines freundlichen Eingehens auf seine Wünsche gewiß sein.

Es ist bekannt, daß sich diese Wünsche in der Hauptsache auf die Erlangung eines ausreichenden Kredites zur Versorgung Deutsch-Oesterreichs mit Lebensmitteln und Rohstoffen für längere Zeit beziehen. Grundsätzlich ist ja, wie bereits bemerkt worden ist, der Oberste Rat mit der Gewährung eines Kredites von 100 Millionen Dollars an Deutsch-Oesterreich einverstanden. Ungelöst ist die Frage, wer den Kredit geben soll und wie die Sicherheit für diese Anleihe beschaffen sein soll. Die amerikanische Regierung will einen staatlichen Kredit nicht gewähren, die Anleihe müßte also bei einem amerikanischen Bankenkonsortium untergebracht werden. Der Oberste Rat aber müßte seine Einwilligung dazu geben, daß ein Teil des Besitzes und der Einnahmequellen Deutsch-Oesterreichs, die im Friedensvertrage von St. Germain mit Beschlag belegt worden sind, als Sicherheit für das gewährte Darlehen in Anspruch genommen wird. Die Schwierigkeit liegt nun darin, daß das alles Zeit erfordert, während Dr. Renner darauf bestehen muß, daß Deutsch-Oesterreich sofort einen größeren Lebensmittel- und Rohstoffkredit erhält.

Eine zweite Sorge ungelöster Probleme ist die Kohlenversorgung Deutsch-Oesterreichs. Zunächst würde Deutsch-Oesterreich nach dem Verteilungsplan für Zentraleuropa, der in Paris aufgestellt worden ist, weit weniger Kohlen erhalten als nach den Verträgen, die die deutsch-österreichische Regierung selbst mit den Tschechoslowaken, den Polen und Deutschland bereits abgeschlossen hat. Denn die Verfügungen der zentraleuropäischen Kohlenkommission werden dem Kohlebedarf Deutsch-Oesterreichs in keiner Weise gerecht. Im übrigen aber erhält Deutsch-Oesterreich wegen Mangels an Transportmitteln gegenwärtig bekanntlich nur einen verschwindenden Bruchteil der ihm vertraglich zugesicherten Mengen, und es ist sehr zweifelhaft, ob Dr. Renner auf dem Gebiet der Kohlenversorgung überhaupt nennenswerte Erfolge in Paris erzielen kann. Auch die übergegangenen Vorträge können fehlende Transportmittel nicht herbeischaffen und den Egoismus der kohlenfördernden Nationalstaaten, die überdies selbst keinen Ueberfluß an Waggons besitzen, nicht besiegen.

Es soll jedoch zunächst angenommen werden, daß es Dr. Renner gelingt, alle Schwierigkeiten zu überwinden und Deutsch-Oesterreich den Kredit von hundert Millionen Dollar, die nahezu 15 Milliarden Kronen entsprechen, zu sichern. Da Deutsch-Oesterreich nach amtlichen Mitteilungen im Jahr ungefähr zwanzig Milliarden für den Ankauf von Lebensmitteln benötigt, wird Deutsch-Oesterreich durch die Gewährung eines Kredites von hundert Millionen Dollar für etwa neun Monate, also bis zur neuen Ernte 1920 mit Lebensmitteln versorgt sein. Durch die Abgabe der Lebensmittel an die Verbraucher im Inland wird die Regierung überdies einen Teil der Gestehungskosten wieder hereinbekommen. Das wird sie in die Lage versetzen, aus dem gewährten Kredit auch Rohstoffe zu kaufen. Aber der größte Teil dieser Rohstoffe wird für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung verbraucht werden, und so wird die ganze Transaktion in ihrem Endeffekt dazu führen, daß die Schuldenlast Deutsch-Oesterreichs sich am 30. September 1920 um 15 Milliarden vermehrt haben wird und die wichtigsten Besitztümer und Einnahmequellen des Staates verpfändet sein werden, ohne daß sich im übrigen an den Daseinsunmöglichkeiten dieses Staates irgend etwas geändert hätte. Es wird also nur zu begründet sein, wenn irgendein neugieriger Amerikaner in Paris an Dr. Renner die Frage richten wird: „Und was gedenken Sie, Herr Staatskanzler, in neun Monaten zu tun?"

Erst mit dieser Frage wird der neugierige Amerikaner an das wahre Grundproblem Deutsch-Oesterreichs rühren, und es ist wohl zu erwarten, daß der Staatskanzler selbst es in Paris erneut zur Sprache bringen wird. Denn dieser Staat ist mit Anleihen — und wenn sie viele hundert Millionen Dollarsbetragen — nicht lebensfähig zu machen, weil ihm alle Voraussetzungen der Lebensfähigkeit fehlen. Wenn man, um ein anderes Beispiel zu wählen aus dem Körper des Deutschen Reiches Berlin mit einem weiteren Gebiet von etwa drei Millionen Menschen herausverpflanzen, es von den Kohlengebieten des Westens, den Getreidefeldern des Ostens, den Häfen des Nordens abschneiden und zu diesem Gebilde sagen würde: Lebe! so wird es sterben, obwohl es wirtschaftlich noch immer stärker sein wird als Deutsch-Oesterreich.

Die Akten Kautskys.

Eine Erwiderung.

Karl Kautsky sendet uns das nachstehende Schreiben:

Im „Berliner Tageblatt" vom 7. Dezember veröffentlicht Herr Haußmann einen Artikel über „hochpolitische Publikationen" der sich in erster Linie mit meiner jetzt so viel umstrittenen Aktenarbeit beschäftigt. Leider geht er dabei von einer Reihe unrichtiger Annahmen aus, die ich nicht unwidersprochen lassen darf.

Herr Haußmann sagt, daß am 10. November 1918 Haase mich als Unterstaatssekretär ins Auswärtige Amt setzte:

„Kautsky erblickte seine Hauptthätigkeit darin, jene Akten über die Entstehung des Krieges einzusehen und Abschriften machen zu lassen. Als Haase Ende Dezember 1918 unhaltbar wurde, scheint bald auch Kautsky ausgeschieden zu sein. Aber er hat die Abschriften der Akten mitgenommen."

Ich wurde im November vorigen Jahres nicht Unterstaatssekretär, sondern beigeordneter Staatssekretär im Auswärtigen Amt, nicht von Haase, sondern von den Volksbeauftragten eingesetzt. Von ihnen erhielt ich auf meinen Vorschlag hin den Auftrag, jene Akten nicht nur einzusehen und Abschriften machen zu lassen, sondern sie herauszugeben.

Als Haase aus der Regierung trat, ging ich mit ihm, erklärte mich aber bereit, die mir übertragene Funktion der Sammlung und Herausgabe der Kriegsakten weiter beizubehalten, womit sich die Reichsregierung einverstanden erklärte.

Im März teilte ich mit, daß die Herausgabe beginnen kann, doch vermochte sich die Regierung dazu nicht zu entschließen. Ich arbeitete im Auswärtigen Amt an den Akten weiter bis Mai, worauf ich eine Abschrift der Sammlung an mich nahm, um sicher zu sein, daß nichts an ihr geändert werde, und um jederzeit an ihre Herausgabe gehen zu können. Das Auswärtige Amt, dem ich davon Mitteilung gemacht hatte, ließ mich durch einen Unterstaatssekretär ersuchen, ihm diese Abschrift zu übergeben. Ich erwiderte, ich brauche sie, um den mir von der Regierung erteilten Auftrag ausführen zu können. Ich sei bereit, sie abzugeben, wenn die Regierung diesen Auftrag ausdrücklich zurücknehme. Bis heute habe ich noch keine Antwort auf diesen Brief erhalten und die Abschrift hat niemand gehalt.

Im September ersuchte ich dann durch die Presse, daß die Regierung die Herren Schücking und Montgelas mit der Herausgabe meiner Sammlung betraut habe. Herr Haußmann berichtet darüber:

„Das ganze Material wurde mit wissenschaftlicher Sorgfalt geprüft und gesichtet von Professor Schücking . . . und Professor Montgelas . . . eine vorbildliche Quelle und Grundlage für die Geschichtsschreibung geschaffen."

„Nun hat aber Kautsky der Versuchung nicht widerstehen können, sein einseitiges und sensationell gruppiertes Material einem Buchhändler zu übergeben, welcher zuerst der Auslandspresse Einblick und Abdruck gestattet hat. Diese Kautsky-Veröffentlichung, welche sich auf authentisches, aber weniger sorgfältig und wissenschaftlich geprüftes und ergänzungsbedürftiges Material stützt, liefert ein für Deutschland objektiv ungünstiges Gesamtbild."

Herr Haußmann stellt hier einen Gegensatz auf zwischen dem vorbildlichen Quellenwerk, das die Herren Schücking und Montgelas geschaffen, und dem weniger sorgfältigen und weniger wissenschaftlich geprüften Material, auf das ich mich stütze.

In Wirklichkeit haben die Herren Schücking und Montgelas nichts anderes herausgegeben als meine Sammlung. Sie selbst haben mich zu deren Herausgabe herangezogen. Wenn man unter „Sichtung" Weglassungen verstehen will, dann haben die beiden Herren Herausgeber überhaupt nichts geschichtet, denn die wenigen der von mir gesammelten Dokumente, die sie weglassen, waren solche, über deren Ausmerzung ich mich bereits im März mit dem Grafen Rantzau verständigt hatte.

Geprüft hatten allerdings die beiden Herren meine Sammlung sehr sorgfältig. Aber sie haben dabei kein Wort an ihr zu ändern gefunden. Sie haben sie so übernommen, wie ich sie hinterlassen, sie haben sie blos um einige Stücke aus der Reichskanzlei und um die bayrischen Akten vermehrt, die zu benutzen ich keinen Auftrag hatte und die am Gesamtbilde nichts ändern.

Wie kommt da Herr Haußmann dazu, von meinem „weniger sorgfältig und weniger wissenschaftlich geprüften Material" zu reden? Und wie kann er sagen, daß meine Darstellung ein für Deutschland ungünstiges Gesamtbild gibt, als die offizielle Aktensammlung, wo er doch mein Buch noch gar nicht kennt, sondern nur das „einseitig und sensationell gruppierte Material", das diverse auswärtige Korrespondenten daraus nach Berlin telegraphiert haben?

Er stellt meiner Darstellung die seine entgegen, die er auf die noch nicht veröffentlichten Akten stützt. Auch da hätte ich manches zu berichtigen, muß aber darauf verzichten, schon deshalb, weil ich nicht in der glücklichen Lage des Herrn Haußmann bin, über den Inhalt meiner Aktensammlung reden zu dürfen, ehe sie erschienen ist. Die Pflicht der Verschwiegenheit scheint nur für mich zu gelten. Man darf mich auf Grund der Akten angreifen, ich aber darf mich bei der Abwehr nicht auf sie berufen.

Leider scheint diese peinliche Situation noch einige Zeit dauern zu sollen. Das deutsche Volk dürfte nicht so bald in der Lage sein, über die Kriegsakten aus eigener Anschauung urteilen zu können; denn wenn ersehne ich, daß der Termin ihres Erscheinens, der zuletzt auf den 10. Dezember festgesetzt war, nun wieder hinausgeschoben worden ist. Begreift man nicht, wie lächerlich man sich durch dieses von Herrn Cassirer schon so trefflich gezeichnete Verschiebesystem macht, das sich seit bald zwei Monaten regelmäßig alle vier bis fünf Tage wiederholt? Soll es nach der Tragödie das Satirspiel liefern?

K. Kautsky.

*

Wie wir hören, hat die Deutsche Verlagsanstalt für Kunst und Wissenschaft, bei der das von Professor Schücking und Graf Montgelas nachgeprüfte, von Kautsky zusammengestellte vollständige Aktenmaterial erscheinen wird, gegen den Verlag Cassirer, der das Kautskysche Buch herausgibt, **Klage angestrengt**. Der Verlag Cassirer soll sich verpflichten, das Kautskysche Buch frühestens fünf Wochen nach der Veröffentlichung der vollständigen Dokumentensammlung erscheinen zu lassen. Die Verhandlung wird morgen vor dem Landgericht stattfinden.

Der amerikanische Schatzsekretär gegen allzu große Hilfeleistung an Europa.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 8. Dezember.

Der Jahresbericht des Schatzsekretärs der Vereinigten Staaten, Glaß, macht folgende Ausführungen, die eine neue Bestätigung für die Zurückhaltung der amerikanischen Behörden gegen irgendwelche größeren Hilfshandlungen für Europa sind: „Das Bedürfnis in Europa nach finanzieller Hilfe", so heißt es, „ist groß. Jedoch wird die Lage sehr übertrieben. Wir müssen alle tiefes Mitleid mit den Leiden, die in Europa jetzt durchgemacht werden, fühlen. Aber wir dürfen unserem Mitleid nicht erlauben, unser Urteilsvermögen zu schwächen. Wenn wir Europas finanzielle Not überwerfen, so machen wir es nur schwieriger, ihr abzuhelfen. Die Leute in Europa sollen wieder anfangen zu arbeiten. Sie müssen wieder die Erzeugung in allen Industrien hinaufschrauben." Es ist sehr bemerkenswert, daß Glaß sich auch gegen zuweitgehende Valutaoperationen ausdrücklich wendet: „Ich bin gegen Schritte, auf künstlichem Wege den Kurs des Dollars in der Welt auf pari zu halten."

*

Von hiesiger unterrichteter englischer Seite erfahren wir: Nach neuesten Washingtoner Depeschen hat Präsident Wilson dem Senator Hitchcock erklärt, er beabsichtigte nicht, den Friedensvertrag dem Senat zu entziehen.